



Ministerium der Justiz Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Präsidenten des
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

für die Mitglieder
des Rechtsausschusses

Seite 1 von 1

04. DEZ 2023

Aktenzeichen
2220 - V. 278/Sdb.
Gesetzliche Umsetzung
bei Antwort bitte angeben

Bearbeiter: Herr Hackert
Telefon: 0211 8792-343

**32. Sitzung des Rechtsausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen am
6. Dezember 2023**

Bericht zu TOP „Einführung eines integrierten Bachelor of Law auch in NRW – Wo bleibt der Gesetzesentwurf der Landesregierung?“

Anlage
1 Bericht

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Rechtsausschusses übersende ich als Anlage einen öffentlichen Bericht zu dem o. g. Tagesordnungspunkt.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Benjamin Limbach

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Martin-Luther-Platz 40
40212 Düsseldorf
Telefon: 0211 8792-0
Telefax: 0211 8792-456
poststelle@jm.nrw.de
www.justiz.nrw



**Ministerium der Justiz
des Landes Nordrhein-Westfalen**

32. Sitzung des Rechtsausschusses
des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 6. Dezember 2023

Schriftlicher Bericht zu TOP :

„Einführung eines integrierten Bachelor of Law auch in NRW –
Wo bleibt der Gesetzesentwurf der Landesregierung?“

Mit dem vorliegenden Bericht der Landesregierung erfolgt die in dem Anmelde-schreiben erbetene Unterrichtung zum vorbezeichneten Tagesordnungspunkt.

Der Gesetzentwurf zur Einführung eines integrierten Bachelors befindet sich derzeit in der Ressortabstimmung und wird voraussichtlich noch in diesem Jahr dem Kabinett vorgelegt werden. Nach Billigung werden Interessenvertretungen und Verbände angehört werden. Hierfür ist eine Zeit von acht Wochen vorgesehen. Abhängig von den Stellungnahmen der Anzuhörenden wird dann zeitnah mit einem abgestimmten Gesetzentwurf zu rechnen sein.

Nach derzeitigem Planungsstand ist eine Rückwirkung der Verleihung dieses akademischen Grades vorgesehen. Ein abgestimmtes und geordnetes Gesetzgebungsverfahren und die damit einhergehende Zeitspanne bis zum Inkrafttreten dieser gesetzlichen Regelung nimmt jungen Menschen daher weder Sicherheit noch Chancen.